Resolution des Ortsbeirates Mainz-Laubenheim gegen Rechtsextremismus und für unsere freiheitlich demokratische Grundordnung

Der Ortsbeirat Mainz-Laubenheim nimmt die investigativ journalistische Enthüllung eines Geheimtreffens rechtsradikaler Personen im Landhaus „Adlon“ bei Potsdam durch das Medienhaus „CORRECTIV – Recherchen für die Gesellschaft“ zum Anlass, die Bürgerinnen und Bürger von Laubenheim zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber Rechtsradikalismus aufzufordern und für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

Das angesprochene Treffen zeigt eine neue Qualität von Bestrebungen organisierter, politischer Kreise, die in Deutschland an faschistische Praktiken und Pläne aus der Zeit des Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 anknüpfen wollen. Unter dem Begriff „Masterplan Remigration“ soll die „Ansiedlung von Asylbewerbern, Ausländern mit Bleiberecht und nicht assimilierter Staatsbürger rückabgewickelt“ werden.

Das bedeutet im Klartext eine „ethnische Säuberung“ für rund 20 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dem müssen wir ein deutliches „Wehret den Anfängen“ und vor unserem eigenen zeitgeschichtlichen Hintergrund, ein „Nie wieder!“ entgegensetzen. Nie wieder dürfen rechtsextreme Kräfte staatliche Verantwortung übernehmen können, um ihre menschenverachtende Ideologie umzusetzen.

Laubenheim ist ein bunter Stadtteil, der von Toleranz und würdevollem Miteinander geprägt ist, egal, ob mit oder ohne Migrationsgeschichte, egal welcher Herkunft, Hautfarbe und Religion oder Weltanschauung. Hier wollen wir friedlich miteinander leben und feiern und gemeinsam zu Allgemeinwohl und Wohlstand beitragen. Seit über 70 Jahren gelingt das am besten auf der rechtlichen Grundlage von rheinland-pfälzischer Landesverfassung und Grundgesetz.

Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass unsere freiheitlich demokratische Grundordnung durch Rechtsextreme und Rechtspopulisten bedroht wird.

Deshalb kommt es für jede und jeden von uns darauf an, diejenigen zurückholen, die sich durch vermeintlich einfache Antworten und populistische Scheinlösungen in eine falsche Richtung haben führen lassen und denjenigen die Stirn zu bieten, die unser weltoffenes Zusammenleben zerstören wollen.

Für die SPD	Für die CDU	Für B90/Grüne	Für die FDP	Für die ÖDP
Wolfgang Stampp	Norbert Riffel	Gabriele Müller	Dr. Christian Hecht	Ulrich Frings